



MAGAZINE



BERICHT

EZA Brüssel Konferenz

HINTERGRUND

Die Entschlüsselung europäischer Wählerrends

HOFFNUNGEN, SORGEN UND ERWARTUNGEN

Die Gedanken unserer Mitglieder zu den Europawahlen 2024

ADAPT-STUDIE

Betriebliche Demokratie - Was sie bedeutet, was sie in der heutigen Zeit bedeutet und wie sie die Demokratie selbst unterstützen kann

DEN MENSCHEN IN DEN MITTELPUNKT STELLEN

Die wesentlichen Erkenntnisse aus der Kampagne von EU-OSHA für sicheres und gesundes Arbeiten in Zeiten der Digitalisierung

NEUZUGANG IM EZA-SEKRETARIAT

Unser Kollege Ljuban Bulić stellt sich vor

AUSGABE 01/2024



Liebe Kolleg:innen, liebe Leser:innen,

wir leben in aufregenden und ungewöhnlichen Zeiten. Wo sich früher Herausforderungen nacheinander einstellten, müssen wir heute gleichzeitig Lösungen für mehrere Probleme finden.

Die Klimaziele, die Notwendigkeit der Ökologisierung unserer Wirtschaft, um die Umwelt zu schonen, eine andere Ressourcennutzung in einer Kreislaufwirtschaft, sparsamer Energieverbrauch, globale Veränderungen mit Auswirkungen auf neue Investitionen – all diese Entwicklungen hängen zusammen und alle wirken sich unmittelbar auf die Arbeitswelt aus, wo ein fairer und gerechter Wandel sichergestellt werden muss. Diese Situation ergibt sich überdies in einem digitalen Umfeld, das zunehmend von KI und Robotik bestimmt wird – und nicht zuletzt in einer multipolaren Welt mit Kriegen in der Ukraine und dem Nahen Osten in unserer unmittelbaren Nähe.

Im Vorfeld der Europawahlen ist uns bewusst, dass der Wahlausgang über die Lösungen entscheiden wird, die vorgeschlagen werden, und damit über die Zukunft Europas. Natürlich funktioniert nicht alles in der Europäischen Union perfekt: Manchmal sind die Entscheidungsprozesse zu langwierig, und die Suche nach Kompromissen in einer EU mit 27 Mitgliedstaaten kann den Eindruck erwecken, dass den wirklich wichtigen Dingen nicht genug Beachtung geschenkt wird. Und die Bürger:innen erreichen zu wenig Informationen darüber, was die EU macht. Die Folgen der Covid-19-Pandemie, Haushaltskürzungen, stark marktorientierte Politiken und unzureichende soziale Unterstützung schüren unter vielen Bevölkerungsgruppen ein Gefühl der Unsicherheit. Populistische und extremistische Parteien wissen das für sich zu nutzen: Sie profitieren von der Leichtgläubigkeit der Menschen und unterwandern die Demokratie. Sie höhlen das Vertrauen aus und missachten die Grundwerte, die weiterhin das Fundament unserer Gesellschaft bilden müssen. All dies wurde bei unserer jüngsten zweitägigen Brüsseler EZA-Konferenz detailliert dokumentiert. Es war besonders interessant festzustellen, dass zwischen dem öffentlichen Diskurs dieser Parteien und ihrem Abstimmungsverhalten im Europäischen Parlament ein großer Unterschied besteht. Sie haben systematisch gegen wichtige soziale Vorschläge gestimmt, die auf der Tagesordnung standen: Sie waren gegen die Initiative für ein starkes soziales Europa und für einen fairen und gerechten Wandel (Just Transition), gegen den Vorschlag für angemessene Mindestlöhne, gegen die Notwendigkeit von Tarifverhandlungen, gegen gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit, gegen die Überarbeitung der Richtlinie über die Europäischen Betriebsräte, um nur einige Beispiele zu nennen.

Auch wenn noch Verbesserungsbedarf besteht, müssen wir die nächsten Wochen nutzen, um die in vielen Bereichen erzielten Fortschritte und Erfolge hervorzuheben, einschließlich des sozialen Europas. Wir müssen uns gleichzeitig aber auch fragen, was wir selbst zu einem sozialen Europa beitragen können. Dazu müssen wir unseren Blick weiten und unseren alltäglichen Arbeitsplatz um eine ‚europäische Perspektive‘ ergänzen: Wir müssen mit den Menschen sprechen, auch außerhalb unseres Arbeitsplatzes, sie informieren, die Bedeutung eines wertebasierten Europas hervorheben, das auf Rechtsstaatlichkeit, Solidarität und Verantwortung, Teilhabe, Zusammengehörigkeit und Offenheit für das Miteinander mit allen – auch Geflüchteten – basiert und die Polarisierung überwindet. Wir müssen lernen, in dem großen und einzigartigen Raum zu leben, der Europa ist.

Dies ist Teil der DNA von EZA und seiner Mitgliedsorganisationen und ihrer Weltanschauung. Wenn wir wissen, dass 70 Prozent unserer Gesetzgebung heute aus Brüssel kommen und sich bis in das kleinste Dorf hinein auswirken, müssen wir sicherstellen, dass Europa künftig in guten Händen ist und die Aussicht und Gewissheit auf ein menschliches und soziales Antlitz bietet. Wie die Überzeugung, das Engagement, die konkrete Haltung und die in den letzten Jahren erzielten Ergebnisse zeigen, sind es Vertreter:innen, die von der christlichen Soziallehre getragen werden, die uns diese Orientierung geben können.

Luc Van den Brande, Präsident

INHALT



4

BERICHT:

EZA Brüssel Konferenz

6

HINTERGRUND:

Die Entschlüsselung europäischer Wählerrends

8

HOFFNUNGEN, SORGEN UND ERWARTUNGEN:

Die Gedanken unserer Mitglieder zu den Europawahlen 2024

11

ADAPT-STUDIE:

Betriebliche Demokratie - Was sie bedeutet, was sie in der heutigen Zeit bedeutet und wie sie die Demokratie selbst unterstützen kann

14

DEN MENSCHEN IN DEN MITTELPUNKT STELLEN:

Die wesentlichen Erkenntnisse aus der Kampagne von EU-OSHA für sicheres und gesundes Arbeiten in Zeiten der Digitalisierung

18

NEUZUGANG IM EZA-SEKRETARIAT:

Unser Kollege Ljuban Bulić stellt sich vor

19

IMPRESSUM

BERICHT: EZA BRÜSSEL KONFERENZ 2024

Populismus und Sozialpolitik: Erkenntnisse der Brüsseler EZA-Konferenz. Weniger als drei Monate vor den Europawahlen zeigen die jüngsten Umfragen, dass die Parteien des „demokratischen Spektrums“ an Boden verlieren und die populistischen Fraktionen zulegen. Vor diesem Hintergrund hat EZA am 19./20. März 2024 seine diesjährige Brüsseler Konferenz abgehalten, die sich mit der komplexen Verbindung zwischen Populismus und Sozialpolitik beschäftigt hat.

TEXT: Sergio De la Parra
FOTOS: Katrin Brüggen

Seit Jahren beobachten wir bei einer Wahl nach der anderen das langsame, aber stetige Erstarken rechter Parteien in ganz Europa. Es ist weniger eine Welle als vielmehr ein „unaufhörlicher Anstieg des Meeresspiegels“, wie es einer der Referenten bei der Konferenz ausdrückte. Die heutige Lage ist der Kulminationspunkt eines Phänomens, das sich über Jahrzehnte entwickelt hat, wie der Vorsitzende von ADAPT erklärt. Francesco Seghezzi ist der führende Autor einer von EZA in Auftrag gegebenen Studie mit dem Titel „Industrial democracy today: What it means, what it means today and how it can help democracy in itself“ (Demokratie in der Arbeitswelt: Was sie bedeutet, was sie in der heutigen Zeit bedeutet und wie sie die Demokratie selbst unterstützen kann). Seiner Meinung nach kann man die Rückkehr des Populismus als direkte Folge einer allgemeinen demokratischen Krise sehen, die durch schwindendes Vertrauen in politische Institutionen und die Aushöhlung gewerkschaftlicher Beteiligung an wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen geprägt ist. Die Studie untersucht die Mechanismen, mithilfe derer die „Demokratie in der Arbeitswelt“ in der Vergangenheit demokratische Systeme gestützt hat und liefert so einen kritischen Rahmen, um die aktuelle politische Landschaft zu verstehen. Darüber hinaus bietet sie Einblicke in das Potenzial, das demokratische Engagement durch eine stärkere Arbeitnehmerbeteiligung wiederzubeleben. Es ist wichtig, die historischen Bedingungen zu erfassen, die den aktuellen populistischen Bewegungen Aufwind gegeben haben. Die strukturellen Veränderungen, die nötig sind, um diesen Trend zu stoppen oder wenigstens einzudämmen, können entmutigend wirken. Die Beschäftigung mit den Anliegen, die die Wähler:innen rechter Parteien

veranlasst, für sie zu stimmen, offenbart andererseits Strategien, die unmittelbarer umgesetzt werden können. Daphne Halikiopoulou, die an der Universität von York den Lehrstuhl für komparative Politologie innehat, betont einen wesentlichen Punkt: Die ideologisch motivierten Kernwähler:innen der rechten Parteien sind in der Minderheit. Alle anderen „Mitläufer:innen“ unter den rechten Wähler:innen hätten eher materialistische Motive.

Um dem Erstarken rechter Parteien effektiv entgegenzuwirken, müssen sich Politik und Gewerkschaften stärker mit diesen wirtschaftlichen Sorgen auseinandersetzen, indem sie die Unsicherheit des Arbeitsmarkts verringern, das Wirtschaftswachstum stärken und einen echten sozialstaatlichen Schutz gewährleisten. Anstatt die Themen der Populisten zu kopieren, sollten sie sich vielmehr auf ihren Einsatz für Chancengleichheit besinnen, diesen betonen und die wirtschaftlichen Sorgen ansprechen, die die Wähler:innen in die Arme populistischer Parteien treiben. Wenn sie sich auf diese Themen konzentrieren, können sie ihre Kernwählerschaft zurückgewinnen und vielleicht auch die erreichen, die sonst für die Ausgrenzungspolitik der Rechten anfällig sein könnten, meint Halikiopoulou. Die Korrelation zwischen Populismus und Sozialpolitik wirkt in beide Richtungen. Während einerseits die Wirtschafts- und Sozialmodelle eines Lands die Wählerschaft für populistische Strömungen empfänglicher machen können, können solche Bewegungen andererseits auch den Sozialstaat prägen, wenn sie in das Parlament einziehen oder an die Regierung kommen. Bei oberflächlicher Betrachtung mag die Haltung rechter Parteien zu sozialen Fragen klar sein.

Mehrere Studien zum Abstimmungsverhalten der rechten Parteien im Europäischen Parlament belegen, dass die Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR) und Identität und Demokratie (ID) nahezu systematisch gegen alle sozial-, wirtschafts- oder steuerpolitischen Maßnahmen gestimmt haben, die ihrer Wählerschaft genützt hätten. Eine eingehendere Betrachtung der Situation in den Ländern, wo rechte und extremistische Parteien in Regierungsverantwortung sind, zeigt, dass sie systematisch eine nur minimale sozialstaatliche Absicherung befürworten. Mehr noch: Sie haben ein „dualistisches“ sozialstaatliches Modell entwickelt und umgesetzt, erklärt Juliana Chueri, Dozentin an der Vrije Universiteit Amsterdam. Dieses Modell sieht Protektionismus und höhere Sozialausgaben für „wohlverdiente“ Bürger:innen vor – in der Regel alteingesessene und hart arbeitende Inländer:innen – während für die „Unwürdigen“, oft Migrant:innen und Erwerbslose, eine neoliberale Austeritätspolitik betrieben wird. Dieser Ansatz wechselt von einer minimalen Absicherung zum selektiven Ausbau des Sozialstaats auf Grundlage des wahrgenommenen gesellschaftlichen Beitrags, wobei nativistische und autoritäre Werte verquickt werden, um etablierte Bürger:innen bei der Gewährung von Sozialleistungen gegenüber anderen zu bevorzugen. Es erübrigt sich zu sagen, dass für Gewerkschaften ein solches Modell verwerflich ist. Es verstößt gegen das Grundprinzip der Solidarität, weil es Gräben schafft und Wettbewerb unter den Arbeitnehmer:innen schürt, was den Anspruch auf universelle Fairness infrage stellt, da bestimmte Gruppen anderen gegenüber bevorzugt werden.

Als ob die Unterscheidung zwischen gewerkschaftlichen Werten und populistischen Parteien nicht schon deutlich genug wäre, hat das EGB-Manifest diesen Punkt noch einmal glasklar untermauert. Das Manifest, das vor dem Hintergrund der 2024 anstehenden Europawahlen

erarbeitet wurde, positioniert sich eindeutig gegen die Ausbreitung populistischer Tendenzen. Es fordert einen verbesserten sozialen Dialog sowie gerechte Politiken und skizziert eine ambitionierte Strategie zur Bekämpfung wirtschaftlicher Ungleichheiten und sozialer Unruhen. Des Weiteren ruft das Manifest die europäischen Parteien auf, jede Zusammenarbeit mit rechten Parteien im Europäischen Parlament abzulehnen. Bei der EZA-Konferenz wurde eine Reihe gangbarer Lösungen im Kampf gegen Populismus diskutiert. Patrick Develtere, Professor für internationale Kooperation an der Katholischen Universität Löwen, mahnte zur Selbstkritik und Veränderungen und erklärte: „Jahrelang haben wir behauptet, dass die Globalisierung gut für die Menschen sei. Wir haben ihnen gesagt, dass der Markt alle ihre sozialen Probleme lösen würde. Wir haben versprochen, dass sich die positiven Wirkungen nach unten durchschlagen würden (Trickle-Down-Effekt).“ Aber letztlich haben wir unsere Versprechen immer wieder gebrochen. Eine eindrückliche Erinnerung: Wir haben das Ziel dramatisch verfehlt.

Der frühere Europaabgeordnete und Gewerkschafter Claude Rolin aus Belgien rief zu Konsequenz auf: „Man kann nicht einerseits über Sozialpolitik reden und gleichzeitig Wirtschafts- und Haushaltspolitiken verabschieden, wie die neuen fiskalpolitischen Regeln der EU, die eine Sozialpolitik vereiteln.“ Die Konferenz sprach auch über Gewerkschaften und Arbeitnehmerorganisationen, die als Verfechterinnen der Demokratie und Fürsprecherinnen der Gerechtigkeit gelobt wurden. Ihre Rolle? Sie ist wichtiger denn je. Und die Botschaft an die politischen Parteien war klar: Es ist Zeit zu handeln, Politiken an den Bedürfnissen der Menschen auszurichten, Inklusion zu fördern und Populismus entgegenzuwirken. Angesichts der Wahlen im Juni sind dies nicht nur Lippenbekenntnisse, sie sind eine Roadmap. Es ist wahrscheinlich noch nicht zu spät, aber ihre praktische Umsetzung ist dringlicher denn je.



PIERGIORGIO SCIACQUA (CO-PRÄSIDENT, EZA), SIGRID SCHRAML (GENERALSEKRETÄRIN, EZA), CESAR RODRIGUEZ PÉREZ (PRÄSIDENT, CEAT), LUC VAN DEN BRANDE (PRÄSIDENT, EZA), ANTONIO LÓPEZ-ISTÚRIZ WHITE (MDEP), RAINER WIELAND (MDEP), CARMEN QUINTANILLA BARBA (NATIONALE PRÄSIDENTIN, AFAMMER), ROSA ESTARÁS FERRAGUT (MDEP), DENNIS RADTKE (MDEP), YURIY KURYLO (VIZEPRÄSIDENT, ALL-UKRAINIAN UNION OF WORKERS SOLIDARITY)

DIE ENTSCHLÜSSELUNG EUROPÄISCHER WÄHLERTRENDS

Daphne Halikiopoulou gab bei der Brüsseler EZA-Konferenz Einblicke in ihre Studien zu den Wählerrends in der EU und sprach über die große Unbekannte: die Nichtwähler:innen



TEXT: Ralph Würschinger
FOTOS: Adobe Stock

Gemeinsam mit ihrem Kollegen Tim Vlandas von der Universität Oxford veröffentlichte die Politikwissenschaftlerin Daphne Halikiopoulou 2023 einen Bericht, der die Wahlergebnisse der Mitte-Links-, Mitte-Rechts- und rechten Parteien in 17 EU-Mitgliedsstaaten über mehrere Jahre analysiert. Der Bericht basiert auf den europäischen Sozialerhebungen von 2002 bis 2018. Diese grenzübergreifende Erhebung der europäischen Länder, die alle zwei Jahre durchgeführt wird, beinhaltet individuelle soziodemografische Merkmale der Befragten und ihre Einstellungen zu einem breiten Spektrum von

Themen, wie Zuwanderung oder Demokratie etc. Seit den 2000er-Jahren haben rechte Parteien stetig zugelegt, während die Unterstützung für sozialdemokratische und konservative Parteien der Mitte abnimmt. Nach verschiedenen Wahlen in unterschiedlichen europäischen Ländern sind rechte Parteien teilweise an Regierungskoalitionen beteiligt oder sogar stärkste politische Kraft, wie in Italien, den Niederlanden und Ungarn. Nach Aussage der Wissenschaftlerin verstärkt dies die Präsenz der Rechten und deutet auf ein weiteres Bröckeln der „Brandmauer“ hin.

Strategie der Normalisierung

Sie erläutert, dass rechte Parteien einen cleveren, wenngleich besorgniserregenden Weg gefunden haben, eine breitere Wählerschaft anzusprechen, indem sie auf Normalisierung setzen. „Sie versuchen, sich vom Faschismus zu distanzieren, indem sie behaupten, dass sie Menschen nicht aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit ausgrenzen, aber sie lehnen freiheitlich-demokratisches Gedankengut ab“, sagt Daphne Halikiopoulou. Diese Normalisierung wird von den Parteien des demokratischen Spektrums gefördert, wenn sie die Argumente der Populisten übernehmen. Nach Ansicht von Halikiopoulou verfängt diese Taktik, bei den Wähler:innen zu punkten, aber nicht. Diese Parteien würden damit nur Aufmerksamkeit für die Themen schaffen, die die Rechten besetzen, aber die Menschen wählen letztlich die rechten Parteien. Dies verhilft ihnen zu noch besseren Wahlergebnissen, weil die Wähler:innen sich für das Original und nicht für die Nachahmer entscheiden. Wenn Parteien von der Mitte an den rechten Rand rücken, laufen sie Gefahr, ihre Kernwählerschaft zu verprellen.

Das dänische Paradoxon

Für viele ist Dänemark ein solches Beispiel. Bei den Wahlen 2015 erreichte die Dänische Volkspartei Dansk Folkeparti (DF) mehr als 20 Prozent der Wählerstimmen. Ihren Erfolg verdankte sie teilweise der zunehmenden Debatte über die Zuwanderung und dem starken Zusammenhang zwischen der Migrationskepsis und wirtschaftlichen Dimension ihrer politischen Agenda. Bei den darauffolgenden Wahlen verlor die Partei deutlich und kam 2022 nur noch auf 2,6 Prozent. Gleichzeitig rückten die regierenden Sozialdemokraten bei der Migrationspolitik klar nach rechts und blieben stärkste Partei in der Regierungskoalition. Man könnte denken, dass die Angleichung an populistische Themen diese Veränderung bewirkt hat. Laut Daphne Halikiopoulou und ihren Untersuchungen war es jedoch nicht die politische Kursänderung, die dazu geführt hat, dass die Sozialdemokraten den Rechtspopulisten Stimmen abgenommen haben. Offizielle Zahlen zeigen, dass die dänischen Sozialdemokraten bei Wahlen jüngerer Datums gleichbleibende Ergebnisse hatten (2015: 26,2 Prozent; 2019: 25,9 Prozent; 2022: 27,5 Prozent). Laut des Berichts lassen sich die Wahlverluste der Dänischen Volkspartei durch eine Kombination von Faktoren erklären, wie die

akkommodierende Haltung der großen Parteien und der Wettbewerb durch neue radikale Parteien, wie die „Neue Bürgerliche“ (Nye Borgerlige). Die Wählerstimmen sind außerdem in das Mitte-Rechts-Lager gewandert. Mit ihrer Rechtsdrall konnten die Sozialdemokraten die Wähler:innen der Dänischen Volkspartei nicht für sich gewinnen, aber die Zahlen zeigen, dass sie andererseits keine Wähler:innen verloren haben.

Die Macht der Nichtwähler:innen

Auch wenn die Prognosen ankündigen, dass bei den Europawahlen ein Rechtsruck zu erwarten ist, bleibt noch eine große Unwägbarkeit: die Nichtwähler:innen. Laut den Untersuchungen von Daphne Halikiopoulou gibt es zwei Hauptarten von Nichtwähler:innen: Diejenigen, die wütend auf das Establishment sind, und die Verdrossenen, die sich nicht für Politik interessieren. Das European Data Journalism Network (EDJNET) hat Informationen zum Stimmverhalten und den Enthaltungen auf nationaler Ebene zusammengetragen. Das Journalistennetzwerk kommt zu dem Schluss, dass die Nichtwählerquote in Ländern mit höherem Bildungsstand und Wohlstand geringer ist. Es gibt jedoch auch individuelle Faktoren, wie in Bulgarien, wo in zwei Jahren fünf Wahlen stattfanden, was zu einer gewissen Wahlmüdigkeit geführt haben mag. Andererseits gibt es Länder wie Luxemburg und Belgien, die die Wahlpflicht haben und wo die Nichtwahl zu einem jahrelangen Ausschluss aus dem Wählerregister führt. Seit 1979 ist die Wahlbeteiligung bei den Europawahlen kontinuierlich zurückgegangen. Der Tiefststand wurde 2014 mit 42,6 Prozent erreicht. 2019 stieg sie auf 50,2 Prozent. Dieser Anstieg ist nach Aussage des Europäischen Parlaments vorrangig der Beteiligung junger Wähler:innen zu verdanken. Es ist schwer vorherzusagen, wie sich die Wahlbeteiligung in diesem Jahr entwickeln wird, ob sie wieder zunimmt, gleichbleibt oder abnimmt und wie sie sich auf die Wahlergebnisse auswirken wird. Auch wenn die Statistiken derzeit darauf hindeuten, dass populistische Parteien viele Wählerstimmen erhalten werden, möchte Daphne Halikiopoulou betonen, dass „politische Ergebnisse kurzlebig sind. Oft ergeben sich große Veränderungen von einer Wahl zur nächsten. Auch ein Sieg der rechten Parteien im Juni ist nicht unumkehrbar.“

Im Gespräch mit unserem Publikum: Der „We Work Europe“-Podcast

Wenn Sie mehr über die Erkenntnisse aus dem Bericht von Daphne Halikiopoulous und von unseren Mitgliedern erfahren möchten, empfehlen wir unseren Podcast „We Work Europe“ der diese Themen eingehender behandelt. Um die aktuelle Folge zu hören, scannen Sie einfach den QR-Code oder besuchen Sie we-work-europe.podigee.io.



HOFFNUNGEN, SORGEN UND ERWARTUNGEN

Die Gedanken unserer Mitglieder zu den Europawahlen 2024.

Wir haben EZA-Mitglieder aus verschiedenen Teilen der EU nach den Auswirkungen von Populismus in ihren Ländern und zu den Hoffnungen und Erwartungen bezüglich der im Juni anstehenden Europawahlen gefragt.

TEXT: Ralph Würschinger

FOTOS: Lukas Fleischmann, Ralph Würschinger



CARMEN QUINTANILLA BARBA, VORSITZENDE VON AFAMER (VERBAND VON FAMILIEN UND FRAUEN IM LÄNDLICHEN RAUM), SPANIEN

”

In Spanien haben wir es unter dem Aspekt der gleichen Rechte für Frauen mit zwei Formen von Populismus zu tun: Ein Teil der Linken hat Hass zwischen Männern und Frauen gesät. Es gibt auch den Rechtspopulismus, der beispielsweise Gewalt gegen Frauen leugnet.

Ich habe Angst, dass wir den Zugang zu den jungen Menschen verlieren. Es fällt uns schwer, den enormen Erfolg dieser europäischen Gemeinschaft zu vermitteln.

“



BJØRN ANDERS VAN HEUSDEN, WOW (WORLD ORGANIZATION OF WORKERS), NIEDERLANDE

”

Traditionell haben wir es eher mit Rechtspopulismus zu tun, aber neuerdings beobachten wir auch viel Linkspopulismus bei Umweltfragen, zum Beispiel Extinction Rebellion. Aber der größte Teil ist weiterhin dem rechten Lager zuzuordnen. Bei den letzten nationalen Wahlen haben 20 Prozent der niederländischen Wähler:innen ihre Stimme rechten Parteien gegeben.

Ich hoffe, dass sich die Dinge in nicht allzu ferner Zukunft normalisieren werden. Die EU ist noch keine echte Union. Jedes Land konzentriert sich noch immer auf seine Themen.

“



CAROLIN MOCH, CAJ (CHRISTLICHE ARBEITERJUGEND), EUROPA

”

Ich habe Angst vor der rechtspopulistischen Partei AfD, die eher eine Bewegung als eine Partei ist, wie sich zeigt. Viele junge Menschen sorgen sich wegen der AfD, vor allem was die Europawahlen betrifft.

Ich erwarte, dass die Populisten kräftig zulegen werden. Das ist alles. Danach werden wir sehen, ob das Parlament noch arbeiten kann oder blockiert sein wird.

Anfang des Jahres gab es viele Demonstrationen in Deutschland. Wir sehen, dass Menschen allmählich nachdenken und den Populisten nicht auf den Leim gehen. Ich hoffe, dass die Menschen überall in Europa nachdenken und verhindern, dass die Rechtspopulisten zu viele Stimmen bekommen.

“



ROLF WEBER, KRIFA (CHRISTLICHE GEWERKSCHAFT), DÄNEMARK

”

In Dänemark ist das Phänomen des Populismus weniger ausgeprägt, weil wir in der Politik eine lange Tradition der Kompromisse haben, die zwischen allen demokratischen Parteien, von den Liberalen bis zu den Sozialdemokraten, ausgehandelt werden. Deswegen haben rechts- und linksextreme Kräfte keinen Einfluss. Ich erwarte eigentlich keine großen Veränderungen.

“

”

Ich erkenne zwei Formen: politischer Populismus aus dem rechten und linken Lager und Populismus religiös-ideologischer Prägung, vor allem aus der islamischen Welt.

Es wird eine sehr knappe Wahl und insbesondere die rechtspopulistischen Parteien werden zulegen. Ich hoffe, dass die Rechtspopulisten nicht zu viele Stimmen hinzugewinnen. Aber ich bin realistisch genug zu wissen, dass sie auf jeden Fall deutlichen Zulauf haben werden. Das macht mir aber keine Sorgen, denn ich sehe es als Aufgabe von uns Gewerkschaften, dem entgegenzuwirken.

“



MICHAEL SCHEDIWY-KLUSEK, FCG (FRAKTION CHRISTLICHER GEWERKSCHAFTERINNEN UND GEWERKSCHAFTER), ÖSTERREICH

”

Aufgrund unserer Geschichte, weil wir bis vor 35 Jahren Teil des kommunistischen Ostblocks waren, gibt es bei uns noch politische Gruppierungen, die prorussische Einstellungen haben, vor allem im linksextremen Lager. Außerdem haben wir auch rechte Parteien. Gemeinsam setzen sie sich für den Ausstieg unseres Lands aus der Europäischen Union und NATO ein und kämpfen für die Unabhängigkeit. An den europäischen Grenzen bestehen Konflikte fort, was zu einem sprunghaften Anstieg der Militärausgaben und schwindender Finanzierung sozialer Maßnahmen führt. Die Proteste nehmen in Europa vor dem Hintergrund eines brüchigen Wirtschaftsklimas zu, denn viele Volkswirtschaften stehen am Rande einer Rezession. Diese Bedingungen spielen nationalistischen und populistischen Parteien in die Hände, die das europäische Einigungsprojekt untergraben möchten. Ich hoffe aufrichtig, dass die Europäische Volkspartei (EVP), die Progressive Allianz der Sozialdemokraten (S&D) und andere Parteien, die sich zur Weiterentwicklung des europäischen Sozialmodells bekannt haben, die Mehrheit im Europäischen Parlament behalten. Ich hoffe, dass sie auch künftig Gesetzgebung zu sozialen Fragen beschließen und weiterentwickeln werden.

“

VESELIN MITOV, PODKREPA, BULGARIEN



BETRIEBLICHE DEMOKRATIE: WAS SIE BEDEUTET, WAS SIE IN DER HEUTIGEN ZEIT BEDEUTET UND WIE SIE DIE DEMOKRATIE SELBST UNTERSTÜTZEN KANN



FRANCESCO SEGHEZZI – VORSITZENDER DER STIFTUNG FONDAZIONE ADAPT

TEXT: Francesco Seghezzi, Vorsitzender der Stiftung Fondazione ADAPT (Associazione per gli studi internazionali e comparati sul diritto del lavoro e sulle relazioni industriali – Vereinigung für internationale und komparative Studien zum Arbeitsrecht und den Arbeitsbeziehungen)

FOTOS: Lukas Fleischmann

Dieser Artikel fasst die wesentlichen Erkenntnisse einer Untersuchung zusammen, die den dynamischen Zusammenhang zwischen populistischen Bewegungen, Krisen der betrieblichen Demokratie und der demokratischen Landschaft im Allgemeinen beleuchtet. Die Studie beleuchtet insbesondere die Frage, ob Gewerkschaften als Abschreckung für Populismus wirken können. Zu diesem Zweck folgte die Untersuchung einem mehrschichtigen Ansatz. Zunächst wurde die Theorie durch umfangreiche Sichtung der vorhandenen Literatur sowie durch Analyse der Stellungnahmen von Gewerkschaften und weiteren Dokumenten untersucht. Im zweiten Schritt erfolgte eine empirische Erhebung in Form von Interviews mit

Gewerkschafter:innen aus verschiedenen europäischen Ländern wie Frankreich, Italien, Österreich, Polen und Spanien, die teilweise einer vorgegebenen Struktur folgten. Bei der eingehenderen Beleuchtung des engen Zusammenhangs zwischen politischer, wirtschaftlicher und betrieblicher Demokratie ist es sehr wichtig darauf hinzuweisen, dass in allen untersuchten Ländern populistische Akteure in Erscheinung getreten sind, die wichtige sozioökonomische Themen besetzen, die traditionell das Terrain der Beteiligten betrieblicher Demokratie sind, insbesondere der Gewerkschaften (Renten, Mindestlohn und -einkommen, Sozialleistungen, prekäre Beschäftigung, Kaufkraft der Arbeitnehmer:innen).

„EIN WEITERER SPÜRBARER TREND BETRIFFT DEN MÄSSIGUNGS-DRUCK, DEN DAS POLITISCHE UMFELD AUF DIE FORDERUNGEN UND ZIELE POPULISTISCHER AKTEUR:INNEN AUSÜBT, INSBESONDERE IHRE GRUNDLEGENDE FEINDLICHE HALTUNG GEGENÜBER GEWERKSCHAFTEN“

Diese Themen werden ohne Unterscheidung von rechts- und linkspopulistischen Bewegungen aufgegriffen, was ein Anzeichen für die Legitimitäts- und Repräsentativitätskrise ist, die die Gewerkschaften derzeit erleben. Es ist jedoch wichtig zu betonen, dass die thematische Konvergenz zwischen populistischen Akteur:innen populistischen Akteur:innen und Gewerkschaften nicht automatisch zu positiven Ergebnissen für die Demokratie in der Arbeitswelt geführt hat. Ebenso wichtig ist die Art und Weise, wie arbeitnehmerfreundliche Maßnahmen in den jeweiligen Ländern umgesetzt werden, wobei insbesondere die Beteiligung von Gewerkschaften und ihre Rolle im Entscheidungsprozess zu untersuchen sind.

In Polen ist die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) eine symbiotische Beziehung mit Solidarność eingegangen: Die Maßnahmen, die von Solidarność vorgeschlagen und der PiS umgesetzt wurden, kamen gut an. Dennoch konnte man trotz Annäherung bei Arbeitnehmerfragen eine Schwächung der Gewerkschaft beobachten, weil die Regierung irgendwann arbeitnehmerrelevante Themen behandelt hat, ohne die Sozialpartner angemessen zu beteiligen. Die fehlende Beteiligung der Gewerkschaften an der Arbeitspolitik während der Pandemie hat dies noch verschärft. Im Gegensatz zu Polen hat die spanische Regierungskoalition, einschließlich Podemos, die Sozialpartner aktiv an Entscheidungen beteiligt und ihre politischen Vorschläge begrüßt, was zu mehr Demokratie in den Unternehmen geführt hat, auch während der Covid-19-Pandemie. Fallstudien zeigen jedoch, dass populistische Akteur:innen zwar politischen Einfluss gewonnen haben (mit Ausnahme von Frankreich), jedoch durch die demokratischen Sicherungsmechanismen gezwungen waren, bei ihren politischen Zielen und operativen Methoden Kompromisse einzugehen. Dies führt je nach Land und Umfang des institutionalisierten sozialen Dialogs oft zu einer unterschiedlich starken Beteiligung der Gewerkschaften. Frankreich bildet dahingehend eine Ausnahme unter den untersuchten Ländern, als dass zwar mehrere populistische Parteien das politische Parkett betreten haben, aber keine in die Regierung aufgestiegen ist. In Italien, Spanien, Polen und Österreich, wo populistische Bewegungen an einer oder mehreren Regierungen beteiligt waren oder sind,

kann man feststellen, dass ihre Regierungsbeteiligung den Umfang der Demokratie in der Arbeitswelt im Land nicht wesentlich verändert hat. Es besteht zumindest kein direkter Zusammenhang. Dies wird weiter durch die maßgebliche Rolle belegt, die die Gewerkschaften nicht nur bei der Gestaltung, sondern in einigen Fällen auch der Umsetzung von Maßnahmen zur Eindämmung von Covid-19 innerhalb von Unternehmen gespielt haben.

Ein weiterer spürbarer Trend betrifft den Mäßigungsdruck, den das politische Umfeld auf die Forderungen und Ziele populistischer Akteur:innen ausübt, insbesondere ihre grundlegend feindliche Haltung gegenüber Gewerkschaften. Wenn populistische Bewegungen an der Regierung (beteiligt) sind, werden sie durch ihre Institutionalisierung gezwungen, ihre politische Agenda und Haltung gegenüber Gewerkschaften anzupassen. Entsprechend der Inklusions-Mäßigungs-Hypothese, die bereits im österreichischen Kontext von König & Swalve angewendet wurde, tendieren populistische Parteien dazu, sich im Ton zu mäßigen, wenn sie an die Regierung kommen. Dies scheint auch für die Notwendigkeit zu gelten, mit Gewerkschaftsvertreter:innen umzugehen und zusammenzuarbeiten, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Podemos in Spanien sowie die Lega, Movimento 5 Stelle und Fratelli d'Italia in Italien waren anfänglich gegen die Rolle und Arbeit von Gewerkschaften und haben ihre Legitimitätskrise nach der Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 politisch für sich genutzt. Seit ihrer Regierungsbeteiligung sind diese Parteien jedoch gezwungen, die Gewerkschaften an Entscheidungsprozessen zu beteiligen, wenn auch oft nur in begrenztem oder wirkungslosem Umfang.

Wie oben erwähnt, befasst sich die Studie auch mit wesentlichen Strategien, die die Gewerkschaften verfolgen, um ihren gesellschaftlichen Einfluss zu stärken und die Unterwanderung der Demokratie am Arbeitsplatz einzuhegen. Diese Strategien umfassen verschiedene Initiativen, wie die Einbindung territorialer Dynamiken in die betriebliche Demokratie, die effizientere Gestaltung der Kommunikationsstrategien und die Bearbeitung eines breiten Themenspektrums von Chancengleichheit bis zur ökologischen Nachhaltigkeit, um eine stärkere Arbeitnehmerbeteiligung zu fördern.



Ihre Vorschläge betonen außerdem die Stärkung des sozialen Dialogs in den Betrieben, die Einführung einheitlicher nationaler und regionaler Beteiligungsprozesse, um den Dialog zu fördern und die Stakeholder zu qualifizieren, und die Stärkung fragmentierter Tarifverhandlungssysteme, die besonders in Polen offensichtlich sind.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Studienerkenntnisse nicht darauf schließen lassen, dass das Erstarken populistischer Bewegungen und ihre Regierungsbeteiligung in vielen europäischen Ländern automatisch zum umfänglichen Niedergang der Demokratie am Arbeitsplatz geführt hat. Es hat augenscheinlich keine offenen Versuche gegeben, die Sozialpartner gänzlich auszuschalten. Dies gilt sogar für Länder, deren System der Arbeitsbeziehungen schwach und gänzlich unkoordiniert ist. Überraschenderweise scheint das spezifische Modell der Arbeitsbeziehungen in einem Land den Zusammenhang zwischen populistischen Bewegungen und der Demokratie in der Arbeitswelt nicht wesentlich zu beeinflussen. Stattdessen zeichnet sich ein Muster ab, bei dem jedes untersuchte

Land dazu tendiert, seiner eigenen Pfadabhängigkeit in Sachen Demokratie am Arbeitsplatz zu folgen, die selbst angesichts externer Bedrohungen, zum Beispiel durch populistische Regierungen, kaum beeinflusst zu werden scheint. Dies unterstreicht das dauerhafte Vermächtnis etablierter Rahmen zur Ausübung der Demokratie in der Arbeitswelt, unabhängig davon wie robust oder fragil sie sind, die weiterhin die Dynamik der Arbeitsbeziehungen in ganz Europa prägen. Diese Erkenntnisse bieten wertvolle Einblicke, obwohl ihre pauschale Anwendung mit Vorsicht zu sehen ist und weiterer Untersuchungen bedarf, um den komplexen Zusammenhang zwischen Populismus und Demokratie am Arbeitsplatz zu analysieren. Diese Untersuchung zeichnet sich durch ihren einzigartigen Beitrag aus, da sie nicht nur die Demokratie in der Arbeitswelt der untersuchten Länder beleuchtet, sondern auch ihre Entwicklung bis heute nachverfolgt, insbesondere vor dem Hintergrund der Entstehung populistischer Bewegungen.

Die gesamte Studie wird in Kürze von EZA veröffentlicht.

DEN MENSCHEN IN DEN MITTELPUNKT RÜCKEN

Die wichtigsten Ergebnisse und Forderungen der EU-OSHA-Kampagne für sichere und gesunde Arbeit im digitalen Zeitalter



TEXT: Lukas Fleischmann
FOTOS: EU-OSHA

Jede:r dritte Arbeitnehmer:in fühlt sich durch Technologie kontrolliert und überwacht – das war nur eine der vielen Erkenntnisse, die die Wissenschaftler:innen von EU-OSHA während ihrer vierjährigen Vorbereitungszeit zur aktuellen Kampagne „2023–2025: Sicher und gesund arbeiten in Zeiten der Digitalisierung“ gewonnen haben. Über die Gefahren hinaus bieten die modernen Tech-

nologien, wie Künstliche Intelligenz (KI), bei Nutzung aber auch beträchtliche Chancen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz. EU-OSHA möchte für den Arbeitsschutz im digitalen Zeitalter sensibilisieren und EZA ist stolz – erneut – offizieller Kampagnenpartner von EU-OSHA zu sein.

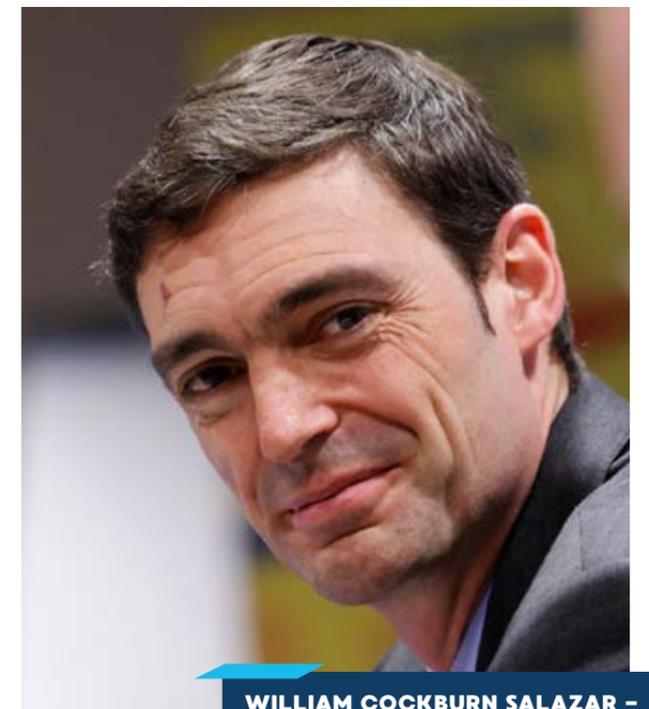
„Es ist vor allem wichtig zu betonen, dass Technologie per se niemals schlecht oder gut ist. Es geht um ihre Anwendung – also ihre Konzeption für den Arbeitsplatz, ihre Umsetzung und tagtägliche Nutzung“, sagt William Cockburn Salazar, Exekutivdirektor der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA). Die Agentur wurde 1994 gegründet und nahm 1996 in Bilbao ihre Arbeit auf. Seitdem hat sie zunächst alle zwei und inzwischen alle drei Jahre Kampagnen, die sich mit Themen der Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz befassen, in Kooperation mit Arbeitgebern, Gewerkschaften und anderen Organisationen durchgeführt. „Unsere Kampagnen sind im Arbeitsschutzbereich die größten weltweit. Bei der aktuellen Kampagne haben wir vier Jahre intensiv Daten gesammelt und verschiedene Untersuchungen durchgeführt, um drei Kernpunkte zu liefern: Wir sensibilisieren, wir bieten Zugang zu Ressourcen und verhindern Risiken.“ Zur Datensammlung hat EU-OSHA mehrere Umfragen durchgeführt. So wurden 2019 zum Beispiel über 45.000 Arbeitsplätze mit dem besonderen Schwerpunkt der Digitalisierung analysiert. Dabei wurde festgestellt, dass an neun von zehn Arbeitsplätzen digitale Technologien, wie Laptops oder mobile Endgeräte, genutzt werden. „Zuletzt haben wir 2022 die Arbeitnehmer:innen nach ihren Erfahrungen mit digitaler Technologie befragt. Wir waren ziemlich beeindruckt, als wir herausfanden, dass jede:r dritte Arbeitnehmer:in berichtete, dass die Arbeitszeiten, Schichten und Aufgaben mithilfe digitaler Technologie eingeteilt werden. Und fast der gleiche Anteil hatte die Erfahrung gemacht, dass Dritte ihre Leistung mithilfe von Technologie beurteilen“, kommentiert Cockburn. „Die Zunahme ist deutlich und stärker, als wir vermutet hatten.“

Big Brother am Arbeitsplatz

Mehr als 37 Prozent der Arbeitnehmer:innen sind der Meinung, dass sie am Arbeitsplatz von ihren Arbeitgebern übermäßig überwacht werden, was zu einem wahrgenommenen Verlust von Eigenständigkeit führt. Darüber hinaus berichtete über die Hälfte der Beschäftigten, dass digitale Technologien zu einer Arbeitsintensivierung geführt hätten, was einen Kontroll- und Unabhängigkeitsverlust bedeutet. Fast der gleiche Anteil hat den Eindruck, durch digitale Technologien isoliert zu werden, was das Gefühl vermittelt, nicht an Entscheidungen teilzuhaben, die somit als unfair empfunden werden. Cockburn betont: „Es ist wichtig, dagegen vorzugehen. Denn psychosoziale Faktoren gehören derzeit zu den häufigsten Risiken und Hauptursachen für stress- und depressionsbedingte Fehlzeiten am Arbeitsplatz. Cockburn setzt sich für einen Ansatz ein, der beim Risikomanagement im Zusammenhang mit digitaler Technologie den Menschen in den Mittelpunkt stellt.“

Die Chancen: Keine Bedrohung, sondern Schutz und Kreativität

Maurizio Curtarelli, leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter bei EU-OSHA, hat eine wesentliche Rolle bei den verschiedenen Studien, Anfragen und Analysen gespielt, die als Grundlage für die Empfehlungen der laufenden Kampagne gedient haben. Er setzt sich dafür ein, die Digitalisierung als allgemeine Bedrohung für die Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz zu entmystifizieren: „Es gibt dieses Narrativ im Zusammenhang mit der Digitalisierung, dass Roboter oder digitale Technologien die Arbeitnehmer:innen ersetzen werden. Wir haben jedoch herausgefunden, dass dies nicht immer der Fall ist. Und manchmal kann es positiv sein, wenn Menschen nicht in einem gefährlichen oder gesundheitsschädlichen Arbeitsumfeld arbeiten müssen.“ Nach Aussage von Curtarelli kann der Einsatz digitaler Technologie die Sicherheit maßgeblich beeinflussen. „Denken Sie nur an ein Bergwerk oder eine Baustelle. Digitale Technologien können das Arbeitsumfeld auf toxische Substanzen, Gase oder hohe Lärmbelastung überwachen. Sensoren oder tragbare Geräte (Wearables) können die Vitalzeichen wie Herzfrequenz und Blutdruck überwachen und so dazu beitragen, das Risiko von Stress oder Burnout zu erkennen.“ Curtarelli stellt fest: „Die Automatisierung repetitiver Aufgaben entlastet die Arbeitnehmer:innen von monotonen Pflichten und gibt ihnen mehr Zeit für kreative Aufgaben, Fortbildung oder die Vorbereitung auf neue Funktionen im Unternehmen.“



WILLIAM COCKBURN SALAZAR – EXEKUTIVDIREKTOR DER EU-OSHA



MAURIZIO CURTARELLI – LEITENDER WISSENSCHAFTLICHER MITARBEITER BEI EU-OSHA

Der Mensch im Mittelpunkt

Alle von EU-OSHA im Laufe der Jahre gesammelten Daten zeigen, dass die Technologie im Hinblick auf die Sicherheit und den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz ein zweiseitiges Schwert ist. Die Herausforderung bleibt, negative Auswirkungen weitgehend zu minimieren. Curtarelli rät, den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen und die Erfahrungen der Arbeitnehmer:innen zu nutzen: „Wenn die Umsetzung und Nutzung von Technologien mit den Arbeitnehmer:innen oder ihren Vertreter:innen auf eine Weise erörtert werden, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt, trägt dies dazu bei, negative Auswirkungen dieser Technologien auf ihre Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz zu vermeiden oder ihre positive Wirkung zur Stärkung des Arbeitsschutzes zu fördern.“

Das Problem der Plattformen

Dieser Ansatz ist jedoch nicht an jedem Arbeitsplatz möglich, da er ein hohes Maß an Demokratisierung mit entsprechenden Arbeitnehmervertretungen, zum Beispiel in Form von Betriebsräten, erforder-

tert. Für größere Unternehmen scheint es einfacher zu sein, Arbeitsschutzthemen im Betrieb zu behandeln. Plattformarbeitnehmer:innen hingegen fehlt oft diese organisierte Form der Vertretung, da sie in der Regel kein herkömmliches Beschäftigungsverhältnis mit der Plattform haben oder aufgrund der physischen Trennung kaum Kontakt oder Vernetzungsmöglichkeiten mit den Kolleg:innen haben. Trotz neuer Gesetzgebungen in vielen Ländern und auf europäischer Ebene, die die Lage der Plattformarbeitnehmer:innen, zum Beispiel der Lieferfahrer:innen, verbessern sollen, bleibt es schwierig, diese Arbeitnehmer:innen zu erreichen. Die Situation ist jedoch nicht nur schwarz oder weiß. „Die Pandemie hat viele Dinge beschleunigt. Es ist unklar, ob die Plattformen die Gesundheit ihrer Arbeitnehmer:innen schützen wollten oder es um wirtschaftliche Motive ging, aber sie haben angefangen, die Arbeitnehmer:innen mit Masken, Anweisungen zur Handdesinfektion und zur Verhinderung der Ausbreitung von Krankheiten ausgestattet. So haben sie einen wichtigen Schritt zum Schutz ihrer Arbeitnehmer:innen getan“, sagt Curtarelli. Darüber hinaus bieten einige der von EU-OSHA analysierten Plattformen Strategien zur Förderung der körperlichen und mentalen Gesundheit. „Außerdem beobachten wir einen umfangreichen ar-

„TROTZ NEUER GESETZGEBUNGEN IN VIELEN LÄNDERN UND AUF EUROPÄISCHER EBENE, DIE DIE LAGE DER PLATTFORMARBEITNEHMER:INNEN, ZUM BEISPIEL DER LIEFERFAHRER:INNEN, VERBESSERN SOLLEN, BLEIBT ES SCHWIERIG, DIESE ARBEITNEHMER:INNEN ZU ERREICHEN.“

beitsbezogenen Erfahrungsaustausch zwischen Plattformarbeitnehmer:innen über informelle Mittel, wie Nachrichten-Apps oder Blogs.“

Plattformarbeitnehmer:innen zu erreichen bleibt schwierig

Trotz aller Bemühungen bleibt es schwierig, Plattformarbeitnehmer:innen zu erreichen, auch für die Kampagne, so die Aussage von Heike Klempa, die als Kampagnenleiterin für die operative Umsetzung zuständig ist. „Es ist schwierig. Auf nationaler Ebene binden unsere Partner sie manchmal ein, aber bisher gibt es keine Vertretung auf europäischer Ebene.“

Praktische Wirkung theoretischer Erkenntnisse

Die gesammelten Daten verdeutlichen den dringenden Handlungsbedarf im Bereich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz im Zusammenhang mit digitalen Technologien. Die Gedanken zu den praktischen Ergebnissen sind bereits in die Vorbereitung der Kampagne eingeflossen. „Bei

der Konzeption der Kampagne hat von Anfang an ein tripartistisches Gremium unter Beteiligung von Regierungs-, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter:innen mitgewirkt“, erklärt Klempa. „Es gibt eine starke politische Unterstützung für unsere Arbeit. Einige unserer nationalen Anlaufstellen haben uns berichtet, dass aufgrund der von uns moderierten Diskussionen und Austauschformate in einigen Ländern Gesetze verabschiedet wurden.“

Wie bereits frühere Kampagnen arbeitet auch die laufende mit Partnern auf nationaler und europäischer Ebene, wie zum Beispiel EZA. Die Partner organisieren Seminare für Vertreter:innen von Gewerkschaften und anderen sozialen Organisationen, um sich über Ideen und gute Praxis auszutauschen. Um gute Praxis in Unternehmen zu fördern, hat EU-OSHA beispielsweise einen Preis ausgelobt, um vorbildliche Methoden auszuzeichnen. Aus Sicht von Klempa besteht die größte Herausforderung bei Kampagnen wie dieser darin, genug Aufmerksamkeit zu bekommen: „Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz werden manchmal als bürokratischer Aufwand gesehen. Vielen Menschen ist die Bedeutung für ihr Leben nicht bewusst und ihnen ist nicht klar, welchen großen Beitrag dies für ihr Arbeitsleben ausmachen kann.“

Im Gespräch mit unserem Publikum: Der „We Work Europe“-Podcast

Unser Podcast „We Work Europe“ beleuchtet die Erkenntnisse und Ziele der laufenden Kampagne im Detail. Im Podcast schildern die Arbeitgeber ihre Perspektive, denn wir sprechen mit Vertreter:innen des deutschen Softwareherstellers SAP. Um diese Folge zu hören, scannen Sie einfach den QR-Code oder besuchen Sie we-work-europe.podigee.io.



NEUZUGANG IN UNSERER GESCHÄFTSSTELLE

Unser Kollege Ljuban Bulić stellt sich vor



LJUBAN BULIĆ

Es ist für mich ein spannendes neues Kapitel in meiner beruflichen Laufbahn, Teil des EZA-Teams zu werden, wo ich mein Wissen über europäische Beziehungen und meine direkten Erfahrungen mit dem europäischen Integrationsprozess in den Staaten des westlichen Balkans einbringen kann. Mit meinen bisherigen Stationen im Büro des EU-Sonderbeauftragten für Bosnien und Herzegowina und der Mitwirkung an mehreren EU-finanzierten Projekten habe ich wertvolle Einblicke in die wichtige Rolle des sozialen Dialogs im Integrationsprozess gewonnen. Ich spreche die Sprachen des westlichen Balkans fließend und bin überzeugt von der Aufgabe der europäischen Einheit. Ich freue mich sehr darauf, die Arbeit von EZA in den Beitrittsländern zu unterstützen und mein Wissen und meine Erfahrung einzusetzen, um unser gemeinsames Ziel voranzubringen, einen inklusiven und wirkungsvollen sozialen Dialog in ganz Europa zu fördern.



MAGAZINE

 **USE YOUR VOTE!**
6-9 JUNE 2024 EUROPEAN ELECTIONS

IMPRESSUM

Herausgeber

EZA - Europäisches Zentrum für Arbeitnehmerfragen
Johannes-Albers-Allee 2 53639 Königswinter
Tel. +49 - 22 23 - 29 98 - 0
E-Mail: eza@eza.org
www.eza.org

Redaktion

Sigrid Schraml, Lukas Fleischmann (verantwortlicher Redakteur), Katrin Brüggen Ralph, Würschinger, Sergio De la Parra, Francesco Seghezzi

Editorialdesign & Grafik

Sofia Wunderling, 40227 Düsseldorf
wunderling.myportfolio.com

Fotos

Lukas Fleischmann, Katrin Brüggen,
EU-OSHA, Ralph Würschinger, Adobe Stock

Erscheinungsweise

Jährlich 3 Ausgaben



Finanziert von der
Europäischen Union